

Teuerung und Agrarwucher.

Es bleibt bei der Teuerung: das ist das Resultat der Verhandlung der vom Reichstage zur Beratung des sogenannten Notgesetzes eingesetzten Kommission. Statt irgend welche entschlossene Mittel zur wirklichen Bekämpfung der Teuerung in Anwendung zu bringen, beschränkte sich ihre Tätigkeit auf das gefehliche Sanktionieren der von der Regierung ergriffenen völlig ungenügenden Maßnahmen. Die Vorschläge der Sozialdemokraten, die eine wirkliche Linderung der Preisnot bringen würden, wurden in der Kommission von allen Parteien, auch von den Fortschrittlichen, abgelehnt. Mehr noch, in dem Gesetzentwurf, dem die Kommission zustimmte, wird nichts Bestimmtes beschlossen und geboten, sondern die Regierung wird bloß ermächtigt, bis zum 1. April 1914 die Fleischzölle für den gemeindlichen Fleischbezug der großen Städte zu ermäßigen. Alles bleibt der Willkür der Regierung überlassen.

Harte, bittere Worte sind über diese Latenlosigkeit gefallen; und mit Recht. Mag noch so oft und unwiderleglich bewiesen sein, wie sehr die Kosten der Lebenshaltung gestiegen sind und welche verhängnisvollen Folgen die Unterernährung, die langsame, chronische Hungersnot für die Massen des Volkes mit sich zieht, die Regierung kümmert sich gar nicht darum, sondern hört nur auf das Gebot der Agrarier, die bei den hohen Fleischpreisen hohe Profite machen. Aber darin liegt schließlich auch nichts Wunderbares. Wo gibt es heute in Deutschland noch einen Menschen, der in der kindischen Illusion lebt, die Regierung sei zum Wohle des Volkes da und denke nur daran, den Interessen der Volksmassen zu dienen? Von einer Regierung der ausbeutenden und wucherischen Klassen die Wahrnehmung der Volksinteressen zu erwarten, ist genau so widersinnig, wie von den Wölfen liebevolle Fürsorge für das Wohl der Schafe.

Das soll durchaus nicht besagen, daß die Wucherpolitik der herrschenden Klasse in Deutschland für sie die einzig mögliche, natürliche und vernünftige Politik wäre. Keiner kann von ihr erwarten, daß ihre Vertretung, die Regierung, die Interessen der anderen Klassen wahrnimmt, aber man könnte von ihr verlangen, daß sie die Interessen der eigenen Klasse in der besten, weitblickendsten Weise vertritt. Es liegt nicht im wirklichen Interesse einer herrschenden Klasse, und ist daher keine gute Politik, über das Leid, die Erbitterung und Empörung der unterdrückten Massen gleichgültig hinwegzuschreiten, denn dadurch wird das Fundament ihrer Herrschaft untergraben. Die große Politik wirklicher Staatsmänner hat immer darin bestanden, den großen, bleibenden Klasseninteressen, wenn nötig, die augenblicklichen beschränkten Profitinteressen der einzelnen Personen von heute zu opfern; dafür hatte sie freilich oft gegen den wütenden Widerstand der eigenen Klasse anzukämpfen. Darin hat vor allem die englische Bourgeoisie Mustergültiges geleistet, und sie hat damit in der Tat erreicht, daß während eines ganzen Jahrhunderts gewaltiger kapitalistischer Entwicklung keine revolutionäre proletarische Bewegung emporkommen konnte. Im vollen Gegensatz dazu denken die deutschen Minister nur daran, voll Angst vor dem Verlust ihres Postens, den unmittelbaren Profitwünschen der Junker zu gehorchen; ob sie mit dieser brutalen Politik die Massen immer mehr zur größten Erbitterung aufpeitschen, läßt sie gleichgültig. Nach uns die Sintflut! das ist auch ihre Devise.

Allerdings, wo ihnen die eigene, weitblickende Vernunft fehlt, könnte mit einem Druck von unten nachgeholfen werden. Auch die englischen Politiker handelten nicht aus ihrer eigenen genialen Intuition heraus, sondern sie gaben dem Druck der Massen nach. Es ist durchaus nicht hoffnungslos oder widersinnig, von einer volksfeindlichen Regierung Maßnahmen zur Linderung der Not des Volkes zu erwarten; es ist bloß widersinnig, sie durch moralische Predigten oder eindringliche Reden dazu bewegen zu wollen. Sie kann nur durch das Auftreten der Volksmassen gezwungen werden. Solange diese alles ruhig über sich ergehen lassen, geschieht nichts zu ihren Gunsten. Nur wenn die Massen energisch auftreten, in großen Aktionen gegen ihre Auswucherung protestieren, immer stürmischer und in immer größeren Scharen demonstrieren und damit den herrschenden Klassen die Gefahr ihrer volksfeindlichen Politik zum Bewußtsein bringen, dann dämmert vielleicht auch in den kleinen Bürokratengehirnen die Einsicht auf, daß es besser ist, etwas nachzugeben. Was die Regierung für das Volk tut, steht in direktem Verhältnis zu der Kraft der Aktion der Volksmassen. Und daher ist das Resultat auch gar nicht verwunderlich. Die Aktion der Arbeiterklasse war bisher durchaus ungenügend, die Regierung zu wesentlichen Konzessionen zu zwingen. Einige Protestversammlungen im vorigen Herbst konnten natürlich auf die regierenden Schichten keinen so großen Eindruck machen, daß sie ihnen zuliebe von ihren Profitinteressen Abstand nahmen; dazu wäre ein ganz anderes Auftreten nötig. Und dann kam die Kriegsgefahr, die die gespannteste Aufmerksamkeit der Massen forderte. So ist es gekommen, daß gegen die Teuerung nichts geschieht, und solange die Massen nicht machtvoll in Bewegung kommen, wird auch in Zukunft nichts geschehen.

Regierung und Junker verteidigen ihre Teuerungspolitik mit dem Argument, daß sie damit die Interessen der landwirtschaftlichen tätigen Bevölkerung vertreten. Wenn die Lebensmittel teurer werden, müssen zwar die Städter mehr bezahlen, aber nur zugunsten der bäuerlichen Bevölkerung, die mehr empfängt und ohne diese Mehrerlöse nicht existieren könnte. Nun hat schon unsere Presse wiederholt darauf hingewiesen, daß die hohen Lebensmittelpreise nur

dem kleinsten Teil der landwirtschaftlichen Bevölkerung zugute kommen; nicht nur die Arbeiterschaft auf dem Lande, sondern auch die Klasse der Kleinbesitzer wird dadurch mehr geschädigt als gefördert. Aber in diesem Nachweis tritt der volksfeindliche, wucherische Charakter der Lebensmittelerhöhung durch Zölle und Grenzsperrn noch nicht scharf genug hervor. Anscheinend haben doch auch die Mittel- und Kleinbauern Interesse an den hohen Fleischpreisen, die ihr Einkommen steigern. In Wirklichkeit kommt aber jede Zoll- und Teuerungspolitik nur den Besitzern des Bodens, nicht seinen Bauern zugute.

Das Privateigentum an Grund und Boden führt dazu, daß alles, was eine große Bauernwirtschaft über eine sonstige kapitalistische Unternehmung und was ein kleines Gütchen über ein Arbeitereinkommen hinaus an Ertrag liefert, dem Grundbesitzer als Grundrente zufällt. Steigt dieser Ertrag durch das Steigen der Preise, so wächst auch die Grundrente; wo Grundbesitzer und Bauer verschiedene Personen sind, wie im Pachtsystem, tritt das darin hervor, daß der Pachtzins mit den Lebensmittelpreisen steigt, so daß nicht der wirkliche Produzent, der Pächter, sondern nur der Besitzer die Vorteile in die Tasche steckt. Allerdings liegt die Sache anders, wo der Bauer zugleich Besitzer des Bodens ist; da fällt ihm selbst als Grundbesitzer der höhere Ertrag zu. Aber das gilt nur für die einzelnen Personen, nicht für die gesamte Klasse. Denn daselbe Gut bleibt nicht immer in denselben Händen; und da der Kaufpreis des Bodens nichts als die kapitalisierte Grundrente ist, d. h. eine Geldsumme, die einen der Grundrente gleichen jährlichen Ertrag an Zins liefert, so steigt der Bodenpreis mit der Grundrente. Steigen also die Preise, so bekommt der bäuerliche Besitzer größere Einnahmen; verkauft er nun das Gut, so erhält er in dem höheren Kaufpreis die gestiegene Grundrente für alle Zukunft vorweggenommen, und sein Nachfolger im Betrieb, der diese Grundrente in Gestalt von Zinsen des Kaufkapitals bezahlt, hat nicht den geringsten Vorteil mehr von der bisherigen Steigerung der Lebensmittelpreise. Umgekehrt: nur bei diesen hohen Preisen kann er gerade auskommen und er muß jedes Sinken der Preise als eine Bedrohung seiner Existenz fürchten.

Daher kommt es, daß jeder Zoll und jede Maßregel, die die Agrarprodukte verteuert, wie eine Schraube ohne Ende wirkt; jeder Schritt nach oben ist nicht oder doch kaum zurückzumachen, da er in dem Bodenpreis festgelegt ist, und die eigentlichen Nutznießer der vorigen Steigerung nicht mehr zu treffen sind. Und alle Grundbesitzer, ob sie selbst Wirtschaften oder nicht, hoffen auf ein weiteres Steigen der Preise, damit sie wieder teurer verkaufen können, als sie gekauft haben. Aber damit wird zugleich klar, daß eine Politik der Zölle und Grenzsperrn nicht imstande ist, der landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung zu bleibender Wohlfahrt zu verhelfen. Ein stetiges Steigen der Preise schafft eine wachsende Klasse von aus Grundbesitzern entstandenen Kapitalbesitzern, die in den Zinsen ihres Kapitals die gestiegene Grundrente verzehren, aber mit der Landwirtschaft selbst nichts zu tun haben. Es drückt das Proletariat in die schlimmste Armut herunter, aber nicht zugunsten der arbeitslosen Klassen; denn diese läßt es schließlich in derselben Lage wie vorher, sondern zugunsten des Kapitalbesitzes. Jede Politik, die die Teuerung der Lebensmittel fördert oder erhält, ist daher eine regelrechte Wucherpolitik, da sie die arbeitende Bevölkerung verelendet, um das arbeitslose Kapitaleinkommen zu steigern.

Reichstag.

88. Sitzung. Freitag, den 17. Januar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Dr. Deibler.

Kurze Anfragen.

Abg. Siebel (Soz.) fragt an: Ist es zutreffend, daß das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt die Betriebspensionskasse der Firma Krupp-Essen nicht als Zuschuß- oder Ersatzkasse im Sinne des Versicherungsgesetzes für Angestellte, sondern als Lebensversicherungsunternehmen gemäß § 300 a. a. O. anerkannt hat? Gilt der Reichskanzler eine solche Entscheidung für vereinbar mit dem § 300 des Versicherungsgesetzes für Angestellte?

Direktor im Reichsamt des Innern Caspar: Das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt ist nicht in die Lage gekommen, zu dieser Frage Stellung zu nehmen, ob die Betriebspensionskasse der Firma Krupp als Zuschuß- oder Ersatzkasse in Frage kommt; es ist lediglich darüber gefragt worden, ob die Krupp'sche Pensionskasse ein Lebensversicherungsunternehmen im Sinne des § 300 darstellt. Darauf ist die Antwort erteilt worden, daß die Pensionsbeiträge der Kasse, die als eine Versicherungskasse aus Gegenleistung angemeldet ist, den Voraussetzungen und Anforderungen des § 300 genügen. Die Krupp'sche Pensionskasse gilt als Lebensversicherungsunternehmen und ist als solche vom Regierungspräsidenten in Düsseldorf anerkannt. Für die Entscheidung im einzelnen Falle ist übrigens nicht der Reichskanzler zuständig, sondern der Rentenausschuss, das Schiedsgericht und das Oberlandesgericht.

Abg. Reichmann (Soz.) fragt: Welche Maßnahmen gedenkt der Reichskanzler zum Schutze der in der deutschen Tabakindustrie beschäftigten Helmarbeiter zu ergreifen, die in wirtschaftlicher und besonders in gesundheitlicher Beziehung schwer zu leiden haben?

Direktor im Reichsamt des Innern Caspar: Unterm 28. April 1907 ist dem Reichstag bereits ein Gesetzentwurf betr. die Herstellung von Zigarren in der Hausarbeit vorgelegt worden, der jedoch nicht zur Verabschiedung gelangt ist. Nach § 10 des Hausarbeitengesetzes kann der Bundesrat Bestimmungen zum Schutze der Gesundheit der Arbeiter erlassen. Es wird beabsichtigt, dem Bundesrat möglichst bald eine Vorlage zugehen zu lassen über die Herstellung von Zigarren in der Hausarbeit. Ein entsprechender Entwurf ist im Reichsamt des Innern hergestelt worden und unterliegt der Begutachtung der betreffenden Ressorts. Die Bestimmungen sollen eine Besserung der Lage der in der Tabakindustrie beschäftigten Hausarbeiter herbeiführen. Zu der Frage von Frachaus-

schiffen der Hausarbeiter Stellung zu nehmen, hat der Bundesrat bisher noch nicht Gelegenheit gehabt.

Abg. Wombert (Soz.) weist auf den am 1. Januar 1913 vollzogenen Gebietsaustausch zwischen dem Großherzogtum Sachsen und dem Herzogtum Sachsen-Meiningen hin. Welche Regierungen haben erklärt, daß die eingetauschten Gebietsorte aus den Reichstagswahlkreisen des abtretenden Staates auscheiden und einem Kreise des Staates zugeteilt werden sollen, dem sie zugefallen sind. Nebner fragt, ob ein entsprechender Antrag beim Bundesrat gestellt ist und ob der Reichskanzler zu der beabsichtigten Wahlkreisänderung die verfassungsmäßige Zustimmung des Reichstags herbeiführen gedenkt.

Direktor im Reichsamt des Innern Ewald: Die Änderung der Reichstagswahlkreise ist von den beiden Regierungen bei dem Reichskanzler in Anregung gebracht. Eine entsprechende Vorlage wird vorbereitet.

Abg. Stolle (Soz.) fragt: Ist der Reichskanzler bereit, Auskunft darüber zu geben, ob Oesterreich-Ungarn seine Zustimmung zu der Erhebung von Schiffsabgaben auf der Elbe erklärt hat. Wirtl. Geh. Legationsrat Lehmann: Oesterreich-Ungarn hat seine Zustimmung zur Erhebung von Schiffsabgaben auf der Elbe bisher nicht erklärt.

Abg. Weimener (Wirtsch. Pp.) fragt, ob der Reichskanzler entsprechend den wiederholten Anträgen der Abg. Albrecht und Gen. (Soz.) die Belmarbeit in der Tabakindustrie reichsgesetzlich zu verbieten gedenkt.

Direktor im Reichsamt des Innern Caspar: Der Reichskanzler hat nicht die Absicht, ein Verbot der Hausarbeit in der Tabakindustrie anzulegen.

Etat des Reichsamt des Innern.

Fünfter Tag.

Abg. Hoff (Wp.): Zu einer einheitlichen Politik in Deutschland gehört, daß das preussische Wahlrecht dieselbe Grundlage hat wie das Reichstagswahlrecht. (Sehr richtig! links.) So lange die Herrschaft der Junker in Preußen nicht gebrochen ist, ist an einen Fortschritt in Preußen nicht zu denken. (Sehr wahr! links.) Die Aufrechterhaltung des öffentlichen Wahlverfahrens in Preußen ist ein Dohn auf die angebliche Mittelstandsfreundschaft der Konservativen, das kann Herr Dertel mit all seinen Wigen und Wägen nicht verdecken. (Präsident Raemy rügt den Ausdruck „Wägen“ gegenüber einem Abgeordneten. Weiterkeit.) Das Vertrauen der ländlichen Bevölkerung zur konservativen Partei ist im starken Sinken begriffen. (Lachen rechts.) Ganz Schleswig-Holstein hat seinen einzigen Konservativen mehr gewählt. Herr v. Bollo hat im Jahre 1900 nicht ein, sondern sogar zwei Abkommen mit der Sozialdemokratie geschlossen und zwar schriftlich. (Hört, hört! links.)

In einer Versammlung blieb er auf den Jura, durch die Zustimmung zur Reichsfinanzreform habe er sein Ehrenwort gebrochen, die Antwort schuldig. (Hört, hört! links.) Ich frage deshalb, ob Herr v. Bollo den Mut hat, hier im Reichstage diese Abkommen abzustreiten. — Nebner geht des weiteren auf die Wirkungen der Zollpolitik ein. Ein vorstelliger Abbau der Zölle ist unbedingt notwendig. Der Staatssekretär sollte zum mindesten erklären, daß an eine Erhöhung der Getreidezölle unter keinen Umständen zu denken sei. (Sehr richtig! links.) Die glänzende Lage, in die angeblich unsere Wirtschaftspolitik das deutsche Volk gebracht hat, beschränkt sich auf sehr enge Kreise. (Sehr richtig! links.) Selbst der Bund der Industriellen hat 1911 in Stuttgart eine Schwächung des inneren Marktes festgestellt, das sollte doch auch dem Staatssekretär zu denken geben. Wir beantragen in einer Resolution eine wissenschaftliche Untersuchung der Wirkungen der Zollpolitik; denn die Wirtschaftspolitik ist an sich keine politische Frage; erst die Konservativen haben sie dazu gemacht. (Lebh. Zustimmung links.)

Abg. Hansen (Dine) bringt Beschwerden über Verletzungen des Vereins- und Versammlungsrechts in Schleswig-Holstein vor; der Staatssekretär möge dafür sorgen, daß diese berechtigten Klagen abgestellt werden. (Zuruf bei den Soz.: Das erlaubt Dollwit nicht.)

Abg. Warmuth (Wp.) befreit gegenüber dem Abg. Doll, daß vor 100 Jahren die Junker einen vertraulichen Brief Steins an den König von Preußen den Franzosen in die Hände gespielt hätten, und tritt dann für den Erlaß eines Depostengesetzes ein. Es muß dem Treiben gewisserloser Bankiers entgegengetreten werden, vor den Schwierigkeiten darf die Regierung nicht zurückweichen. Mehr Rumor, Herr Staatssekretär! (Große Weiterkeit.)

Abg. Brandys (Pole) tritt für eine gesetzliche Regelung der Verhältnisse der ausländischen Arbeiter ein. Sie müssen sowohl vor gewaltlosen Agenten geschützt werden, als auch in den Arbeitsstellen. Die Behandlung und Befristung auf den Gütern spottet oft jeder Beschreibung und kann nur als geradezu menschenwürdig bezeichnet werden. (Lebh. Zustimmung bei den Polen und den Soz.)

Abg. Brühne (Soz.): Wir Sozialdemokraten machen das Bettennen um die Gunst der Handwerker nicht mit. Die Handwerker glauben auch gar nicht all das, was Sie ihnen von und erzählen. Das beweisen die letzten Wahlen. Herr Jrl meinte, der Reichstag gäbe genügend Anregungen zum Schutze der Handwerker, er sei an ihrem Elend nicht schuld. Aber der Reichstag hat die Handwerker schwer geschädigt. Ich erinnere nur an den letzten Zolltarif. Ich erinnere an die Reichsfinanzreform. Unter der allgemeinen Teuerung leiden die Handwerker ebenso wie die Arbeiter. Gerade die kleinen Mittelstandskreise sind durch die Folgen der letzten Finanzreform zugrunde gerichtet. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Biersteuer hat gerade die kleinen Brauereien und die kleinen Gastwirte tot gemacht. Hätten Sie in den Versammlungen bei den letzten Wahlen gehört, wie gerade die Handwerker und Gewerbetreibenden sich über die Finanzpolitik gekümmert haben, wäre von all den Klagen, die auf Sie herniedersausten, nur ein kleiner Teil in Erfüllung gegangen, so wäre es den Konservativen und dem Zentrum noch viel schlechter gegangen. Unsere Wähler sind keineswegs durchweg Arbeiter, sondern zu Hundertausenden auch Handwerker und kleine Beamte. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wer ist denn bei der Reichsversicherungsordnung am meisten für die Handwerker eingetreten? Die freien Hilfsklassen, in denen die Handwerker sich freiwillig versicherten, sind durch die Reichsversicherungsordnung dem Tode geweiht, und unser Antrag, die Handwerker und kleinen Gewerbetreibenden dem Versicherungszwang zu unterwerfen, ist abgelehnt worden. Das hat ungeheuer viel böses Blut gemacht. Seinen Arbeiter muß der kleine Handwerker versichern, er selbst aber muß im Krankheitsfall das Armenamt in Anspruch nehmen. (Hört, hört! bei den Soz.) Das Vorgesystem bringt Hunderte von kleinen Handwerkern geradezu zum Ruin. Die Leute aus den besten Gesellschaftsklassen, mit Kleinerinkommen, lassen den kleinen Handwerker monate- und jahrelang auf Bezahlung warten. Sie reden so viel von der Unterstützung des Handwerks, aber gerade die Reichsen gehen nicht in die Hinterhäuser und in den vierten Stock zu dem kleinen Handwerker, sie gehen viel lieber ins Warenhaus, wenn sie auch

Sonnabend und Montag letzte Tage

Inventurausverkaufs

Marie Kramer Hainstrasse 7 - Nahe am Markt.